

**Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)**  
(Einzelplan 12)

**44 Bund spart durch Verzicht auf die Anschlussstelle Edisonstraße in Kiel 3,7 Mio. Euro**

Kat. C  
(Kapitel 1209 und 1210)

**44.0**

*Das BMVI hat sich nicht an der Finanzierung einer Anschlussstelle der Bundesautobahn A 21 in Kiel beteiligt. Nach einem entsprechendem Hinweis des Bundesrechnungshofes stellte das BMVI fest, dass die Anschlussstelle Edisonstraße für die Bewältigung des Verkehrs nicht notwendig ist. Der Bund spart so 3,7 Mio. Euro. Die Stadt Kiel, die diese Anschlussstelle gewünscht hatte, verzichtete daraufhin auf einen Bau auf eigene Kosten.*

**44.1**

Im Auftrag des Bundes plant die Straßenbauverwaltung des Landes Schleswig-Holstein (Straßenbauverwaltung) den Ausbau der Bundesstraße B 404 zur Bundesautobahn A 21 zwischen Bargtheide und Kiel. Im Jahr 2006 hatte die Straßenbauverwaltung am Stadtrand von Kiel bereits die Anschlussstelle Wellseedamm errichtet. Im daran anschließenden Straßenabschnitt plante sie eine weitere Anschlussstelle (Edisonstraße). Mit ihr wollte die Stadt Kiel vor allem geplante Gewerbegebiete an die Autobahn anbinden. Der Abstand zwischen den beiden Anschlussstellen sollte etwa 400 m betragen.

Das BMVI hatte im Jahr 2008 einem Konzept der Straßenbauverwaltung für die Anschlussstellen zugestimmt. Dieses Konzept enthielt auch die Anschlussstelle Edisonstraße. Die Kosten für ihren Bau sollten zwischen dem Bund und der Stadt Kiel aufgeteilt werden. Der Kostenanteil des Bundes sollte 3,7 Mio. Euro betragen, der Anteil der Stadt Kiel 1,4 Mio. Euro. Für die Anschlussstelle Edisonstraße erwartete die Straßenbauverwaltung allerdings nur eine geringe Verkehrsbelastung. Daher hatte das BMVI die Straßenbauverwaltung aufgefordert, Optimierungsmöglichkeiten zu untersuchen. Die Straßenbauverwaltung ließ daraufhin mehrere Verkehrsgutachten erstellen. Diese kamen zu dem Ergebnis, dass die Anschlussstelle Edisonstraße zur Bewältigung des Verkehrs notwendig sei.

Der Bundesrechnungshof prüfte mit Unterstützung des Prüfungsamtes des Bundes Hamburg die Planung. Er stellte fest, dass die Verkehrsgutachten methodische Fehler enthielten. Den Ausgaben des Bundes von 3,7 Mio. Euro stand kein nennenswerter Nutzen gegenüber. Die Verkehrsgutachten konnten daher die zusätzliche Anschlussstelle in nur 400 m Entfernung zu der vorhandenen Anschlussstelle Wellseedamm nicht rechtfertigen.

Im Jahr 2012 stellte die Straßenbauverwaltung anhand eines neuen Gutachtens schließlich fest, dass die Kapazität der Anschlussstelle Wellseedamm mit geringem Aufwand erhöht werden kann. So könnte z. B. die Steuerung der Ampeln verändert werden. Die Anschlussstelle Wellseedamm wäre dann in der Lage, auch den Verkehr aufzunehmen, der für die Anschlussstelle Edisonstraße erwartet wurde.

**44.2**

Der Bundesrechnungshof hat das BMVI aufgefordert, die Anschlussstelle Edisonstraße nicht aus Bundesmitteln mitzufinanzieren. Sofern die Stadt Kiel weiter an dem Bau dieser Anschlussstelle festhalten sollte, müsse sie deren Kosten vollständig übernehmen.

#### 44.3

Das BMVI ist der Empfehlung des Bundesrechnungshofes gefolgt. Es hat der Straßenbauverwaltung im Jahr 2013 mitgeteilt, dass es dem Bau der neuen Anschlussstelle Edisonstraße nur dann zustimmen werde, wenn die Stadt Kiel hierfür die gesamten Kosten trägt. Der Bund hat so 3,7 Mio. Euro gespart. Die Stadt Kiel hat unter diesen Umständen ebenfalls auf den Bau der Anschlussstelle verzichtet.